

Grottkauer Zeitung.

Nr. 18.

17. Jahrgang.

1897.

Die „Grottkauer Zeitung“ erscheint wöchentlich
zwei Mal: Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementpreis vierteljährlich in der Expedition
1 Mark, durch die Post oder die Kommanditen bezogen
1 Mark 20 Pfennige.

Mittwoch den 3. März.

Insertions-Gebühren für die viermal gespaltene
Corpuszeile oder deren Raum 10 Pf., Reklame 20 Pf.
Bei dreimaliger Wiederholung 25 pCt. Rabatt.
Inserate nimmt die Expedition, Ring Nr. 1, Dienstag
und Freitag bis 11 Uhr Vormittag entgegen.

Am Aschermittwoch.

Wieder steht vor einer Reitenwende
Jagend heute manches Menschenherz,
Bangend fragt der eine nach dem Ende,
Hoffend blickt ein and'rer himmelwärts.
Betend hebt der Christ die Hände:
„Herr, zeig' mir das Ende!“

Durch des Vaterlandes stolze Weiten
Reihet sich schon leises Frühlingsweh'n:
Küßt der Lenz vom Frieden sich geleiten,
Soll aus Frühlingssturm der Krieg entspringen?
Beides kann uns Gott bereiten,
Uns zum Ziel zu leiten.

Wie für unser Volk die Friedensfrage
Ungeklärt noch liegt in Gottes Rat,
Ruht noch schwebend auf des Schicksals Wage
Manches Los für uns'ren Völkergast.
„Dunkel sind der Zukunft Tage!“
Tönt des Herzens Klage.

Doch die Zweifel alle löst der Glaube,
Der uns hinweist auf den heutigen Tag;
Ob sein Mahnruf auch das Glück uns raube,
Keiner seinem Spruch entgegen mag.
Alles lehrt zurück zum Staube,
Fällt dem Tod zum Raube!

Wißt du, Christ, nicht endlich daran denken,
Dich zu trennen von der Erde Lust,
Dich dem Staubgeweihten nicht zu schenken,
Da du einst von allem scheiden mußt?
Aufwärts sollst den Blick du lenken,
Nicht zur Erd' ihn senken!

Oed und dunkel ist die Welt hinieden,
Nichts auf ihr wird immerdar bestehn,
Doch da oben ist dir Heil beschieden,
Und sein Stern kann niemals untergehn.
Hast du hier das Glück gemieden:
Wird dir dort — der Frieden!

G. B.

Zur Reichsfinanzreform.

Aus der Rede, die der „Reichshaushaltsmeister“ Graf Posadowsky bei der Beratung des Gesetzes über die Verwendung eines Teiles der Reichseinnahmen-Ueberflüsse zur Schuldentilgung (anstatt zur Verteilung an die Einzelstaaten) im Reichstag gehalten hat, ergibt sich, daß die Reichsregierung mit den Regierungen der Einzelstaaten über diesen Gegenstand vollständig einig ist. Es soll eine reinliche Scheidung zwischen den Finanzen des Reiches und denen der einzelnen Staaten erfolgen. Nur mit der Mehrheit des Reichstags ist die Reichsregierung noch nicht im Reinen. Die Stellung des gesamten Bundesrates ist die, daß die Einzelstaaten gegen jährlich wechselnde Ansprüche des Reiches gesichert sein sollen. Der Reichstag dagegen befürchtet in seiner Mehrheit, sein Budgetbewilligungsrecht leide darunter, wenn er nicht alljährlich die Höhe der Matrifularbeiträge feststellen könne.

Mit dem Reichshaushaltsetat ist es ein eigenes Ding. Der jetzige verwickelte Mechanismus hat die ungewisselhafteste Folge, daß nicht nur die überwiegende Zahl der Reichsangehörigen, sondern, wie wir glauben, auch ein großer Teil der Reichstagsabgeordneten selbst sich ein Bild von der tatsächlichen Gestaltung der Reichsfinanzen kaum mehr machen können. Gerade die Parteien, die mit Recht ein geordnetes Finanzwesen als das wichtigste Fundament des Staates betrachten und auf diesem Gebiete auch die Pflicht ihren Wählern gegenüber ernst nehmen, sollten die Hand

dazu bieten, unsere Reichsfinanzen durchsichtiger zu gestalten und damit auch weiteren Kreisen die Möglichkeit zu gewähren, der Entwicklung dieses wichtigen Zweiges der Reichsverwaltung mit Verständnis zu folgen.

Dem Einzelstaat kann es nicht gleichgültig sein, wenn er plötzlich mit Millionen oder auch nur mit Hunderttausenden zu Beiträgen für die Reichskasse herangezogen wird; es kann ihm um so weniger gleichgültig sein, je kleiner er ist. Lieber als daß er gibt, ist es ihm, wenn er empfängt. Aber selbst wenn er nichts empfangen kann, würde er sich schon beruhigen, sobald er nur davor geschützt ist, etwas hergeben zu müssen. Geben muß er in der Form der Matrifularbeiträge, nehmen kann er in der Form der Ueberweisungen. So lange die Ueberweisungen den Matrifularbeitrag überstiegen, war gutes Wetter. Aber es kamen trübe Tage, in denen der Matrifularbeitrag höher als die Ueberweisungssumme war. In letzter Zeit hat sich der Himmel wiederum gelichtet; die Reichseinnahmen wuchsen, und damit wuchsen auch die Ueberweisungen. Sie stiegen so hoch, daß man sich überlegen mußte, ob es noch angängig schien, an die Einzelstaaten von Rechts wegen Ueberweisungen herauszugeben, während andererseits das Reich Schulden auf Schulden häufte.

Aus dieser Ueberlegung ging das Schuldentilgungsgesetz hervor, nach dem für das laufende Etatsjahr der Ueberfluß der Ueberweisungen über die Matrifularbeiträge zur Hälfte zur Verminderung der Reichsschuld zurückzubehalten ist. Nach dem bewährten Beispiel soll nun auch für das kommende Etatsjahr der Ueberfluß nur zur Hälfte den Einzelstaaten zufließen, zur anderen Hälfte für Schuldentilgung verwandt werden. Diese Regelung von Jahr zu Jahr gesteht die Regierung einstweilen gern zu, weil sie hofft, daß, wenn so erst mehrere Jahre verfahren ist, zuletzt eine dauernde Regel, eine Umwandlung des provisorischen Zustandes in einen definitiven zu erzielen sein wird. — eine Regel, wonach die Matrifularbeiträge, die jetzt nach oben wie nach unten beweglich sind, auf einen bestimmten Höchstbetrag festgelegt werden. Alsdann brauchen die Einzelstaaten plötzliche Zugriffe des Reichs nicht mehr fürchten. Und sie würden unter solchen Umständen vielleicht auch damit einverstanden sein, wenn sie Ueberweisungen nicht mehr erhielten. Reich und Einzelstaaten wären auf diese Weise selbständig geworden und hätten endlich eine voneinander unabhängige Finanzgebarung gewonnen. Jeder würde für sich selbst sorgen.

Das wäre an sich ein vernünftiges und erstrebenswertes Ziel, wenn darunter nicht die „Zweifelhafte“, des Budgetbewilligungsrecht des Reichstages, zu leiden hätte. Die Reichstagsmehrheit will dieses Machtmittel nicht so ohne weiteres aus den Händen geben. Einstweilen also wird es wohl so bleiben, wie es ist, bis man sich schließlich auf eine entsprechende Regelung einigt. Denn diese Einigung muß erzielt werden, weil sie vernünftig ist und die gegenwärtigen eigenartigen Verhältnisse nicht verewigt werden können: das Reich macht fortwährend Schulden, verteilt zugleich aber Ueberflüsse; die Ergebnisse der Zölle und Steuern werden reichlicher, aber das Reich behält nichts davon; schließlich sind auch die Einzelstaaten vor notwendigen Zugriffen des Reiches nicht sicher.

Die Schwankungen der finanziellen Beziehungen des Reiches zu den Einzelstaaten sind so beträchtlich gewesen, daß, während im Jahre 1872 die Bundesstaaten 82,2 Millionen an das Reich zu zahlen hatten,

letzteres im Jahre 1889/90 in der Lage war, 139,7 Millionen an die ersteren herauszugeben. Die Reichsschuld schließlich belief sich auf 72,2 Millionen mit 2,8 Mill. Zinsen im Jahre 1878 und betrug im Jahre 1896 2125,2 Millionen mit 72,2 Millionen Zinsen. Die jetzigen Zinsen haben demnach die Höhe der früheren Schuld erreicht.

Mundschau.

Berlin, den 1. März 1897.

— Am 27. Februar fand beim Kaiserpaar im königl. Schloße zu Berlin das große historische Kostümfest statt, das einen Berliner Hofball vor 100 Jahren nachahmt und damit als Einleitung für die Centenariesfeierlichkeiten gelten darf.

— Die „Münch. Allg. Ztg.“ veröffentlicht einen Erlaß des Prinz-Regenten an das Staatsministerium, in dem er den Wunsch ausdrückt, daß sich die staatlichen, kirchlichen und Militärbehörden in entsprechender Weise an der Jahrhundertfeier des Geburtstages Kaiser Wilhelms I. beteiligen.

— Das russische Ultimatum an Griechenland hat sowohl in Berlin wie in Wien einen sehr befehlgebenden Eindruck gemacht. Man hofft, daß es seine Wirkung auf die griechische Regierung nicht verfehlen wird. In Wiener diplomatischen Kreisen ist man bestimmt der Ansicht, daß Griechenland dem Willen der Mächte, an deren Spitze sich Rußland gestellt hat, nicht länger Widerstand leisten wird.

— In Berlin ist eine außerordentliche persische Gesandtschaft eingetroffen, um die Thronbesteigung des neuen Schahs amtlich anzuzeigen.

— Im Konsularkorps soll demnächst ein großer Personalwechsel erfolgen; vornehmlich würden die jetzt unbefestigten Berufsconsulate wieder besetzt. Offen sind gegenwärtig das Generalkonsulat Antwerpen und die Consulate zu Manila, Serajewo und Tiflis. Auch scheint es, daß die Ernennungen für die neu im Etat vorgeschlagenen Consulate zu Riga und zu Rostow am Don zugleich schon erfolgen werden. Wahrscheinlich wird auch die deutsche Stelle bei der ägyptischen Schuldentilgungskommission dabei mit besetzt werden.

— Die Vorlage über die Reform des Militärstrafprozesses ist, wie gemeldet, in den Ausschüssen des Bundesrats durchberaten und wieder an das Plenum gelangt. Nach einer der „Augsb. Abendztg.“ aus München zugehenden Mitteilung wird im Bundesrat noch eine dritte Lesung stattfinden. Hieraus schließt die vielfach aus den bayerischen Ministerien bediente „Augsb. Abendztg.“, daß in der zweiten Lesung an dem Entwurf erhebliche Änderungen vorgenommen worden sind.

— Dem vom Zentrum im Reichstage eingebrachten Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes ist folgende Betrachtung beigegeben: Am 20. Februar 1895 beschloß der Reichstag, daß das Jesuiten-Ausweisungsgesetz vom 4. Juli 1872 aufzuheben sei. Am 17. Juni 1896 erklärte der Herr Reichskanzler, daß die Erwägungen, ob oder unter welchen Nothständen der Bundesrat dem obigen Beschluß des Reichstages entsprechen könne, nicht abgeschlossen seien. Bis zum 22. Februar 1897 ist dem Reichstag eine Entscheidung des Bundesrats nicht zugekommen. Aus dieser Verzögerung glauben die Unterzeichneten entnehmen zu müssen, daß der Bundesrat eine Entscheidung in betreff des Reichstagsbeschlusses vom 20. Februar 1895 über-

haupte nicht treffen werde. Es erübrigt daher den Unterzeichnern nur, ihren früheren Antrag zu wiederholen und denselben dem Reichstage zur nochmaligen Beschlußfassung zu unterbreiten.

— Der Reichstag hat sich bis zum 8. März vertagt, um seinen Kommissionen Zeit zu lassen ihre Arbeiten zu fördern.

— Die Kommissionen des Reichstages werden vor dem 4. März nicht zusammentreten. Die zur Vorbereitung des neuen Handelsgesetzbuches und der Novelle zum Unfallversicherungsgesetz eingeleiteten Kommissionen nehmen am 4. März ihre Tätigkeit wieder auf. Die Budgetkommission wird erst am 5. März, die Marinekommission, die zum Verzichtskriter den Abg. Nettich (konj.) bestimmt hat, gar erst am 11. März wieder ihre Beratungen fortsetzen.

— In Kamerun soll ein großes Plantagen-Unternehmen „Westafrikanische Pflanzungs-Gesellschaft Wimbumbi“ ins Leben gerufen werden. Beteiligt daran sind mit ihren dort erworbenen Ländereien die Firma Jansen, Thormählen und Dollmann, sowie Geheimrat Dr. Dechelhäuser.

— [Reichstag.] Am Donnerstag beschäftigte sich das Haus mit dem Antrag Colbus (Eis.) betr. Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für die Wahlen zum Landesausschuß der Reichsländer. Der Antrag wurde durch die eifrigsten Abg. Winterer, Simonis, Freix und Hueb (soz.) bekämpft, indem sie ausführten, das bestehende indirekte korporative Wahlrecht bringe die wahren Wünsche der eifrigsten Bevölkerung nicht zum Ausdruck. Der jetzige Landesausschuß sei ein bloßes Scheinparlament ohne Macht, dessen Mehrheit aus Beamten bestehe. Geheimrat Haller bestritt, daß der Landesausschuß im Lande unpopulär sei und in der Mehrheit aus Beamten bestehe. Die vorgebrachten Klagen wären in keiner Weise gerechtfertigt. Die Abg. Heber (Zentr.), Kemmann (fr. Rp.), Nidert (fr. Rp.) und Werner (Antik.) stimmten namens ihrer Parteien dem Antrag aus Gründen der Gerechtigkeit zu, während der Abg. Graf Stolberg (konj.) sich ablehnend verhielt; auch der Abg. Maquardien (nat.-lib.) nahm Stellung gegen das Wahlrecht, erklärte sich aber namens seiner Partei dafür, daß auch in den Reichsländern endlich das Wahlgesetz eingeführt werde. Der Antrag Colbus wurde sofort im Plenum in erster und zweiter Lesung gegen die Stimmen der gesamten Rechten und Nationalliberalen angenommen.

Der Reichstag beschäftigte sich am Freitag mit der Fortsetzung der Etatsberatung für die Verwirklichung der Reichseisenbahnen. Abg. Hueb (soz.) führte wiederum Klage über die mangelhafte Berücksichtigung der Verkehrsinteressen seitens der Eisenbahnverwaltung. In den Reichsländern sei es nichts Neues, daß Passagiere trotz ihres Billets dritter Klasse in Viehwagen befördert würden. Es sei daher dringend notwendig, die Zentralfelle der Verwaltung der reichseisenbahnen Eisenbahnen nach Straßburg zu verlegen. Nach weiterer Diskussion wurde der Etat erledigt. Präsident v. Buol teilte mit, daß im Laufe des Nachmittags eine Novelle zum Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz eingegangen sei. In dritter Beratung wurde das Gesetz über Lohnbedrängnis wegen Alimentenforderungen und die Konvertierungsordnung angenommen und in zweiter Beratung ein bloß die Grundbuchordnung, sowie das Gesetz über die Zwangsversteigerung, worauf sich das Haus bis zum 8. März vertagte.

— [Landtag.] Das Abgeordnetenhaus verwies am Freitag die Vorlage betr. Eingemeindung Breslauer Vororte an die Gemeindefeldkommission und begann hierauf die Beratung des Landwirtschaftsetats, wo beim Titel „Ministergehalt“ von den Abg. v. Menckel-Steinfels und Camp (konj.) die Abperrung der Grenzen gegen die Vieheinfuhr, Aufhebung der Getreidezolltarif und Verschärfung der Margarinegesetzgebung bekämpft wurde.

Frankreich. Der „Jour“ fordert die Kammer auf, das Kabinett zu stützen, um Kanotaur durch den Votschaffter Cambon zu ersetzen, der in Konstantinopel Beweise seiner Energie gegeben habe. Die ganze Opposition klammert sich jetzt an den Namen Cambons.

— Nachdem die französische Regierung von der spanischen darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß in Paris ein mit reichlichen Geldmitteln versehener Karlistenauschuß wirkt, der Waffen kauft und militärische Organisationen vorbereitet, hat sie dem Auschuß unter Androhung der Ausweisung bedeutet, daß er seine Tätigkeit einstellen müsse. Die Karlisten bereiten daraufhin ihre Ueberfiedelung nach Belgien vor, wo sie ihre Waffenkäufe fortzusetzen gedenken.

England. Die Königin will eine besondere Gesandtschaft an den Negus Menelik von Abessinien entsenden. Kennell Hall, Sekretär der englischen diplomatischen Vertretung in Kairo, soll an der Spitze stehen.

— Ueber die englische Mission nach Abessinien äußerte sich der Unterstaatssekretär Curzon im Unterhause dahin, die Mission solle König Menelik der freundlichen Absichten Englands versichern und bemüht sein, freundschaftliche Beziehungen in politischer und kommerzieller Hinsicht zu fördern, sowie gewisse Fragen

zu regeln, die zwischen den britischen Behörden des Somaliländchenprotektorats und dem abessinischen Gouverneur von Harrar entstanden seien. Es sei nicht möglich, bei dieser Gelegenheit einen besonderen Vertreter der britischen Handelsinteressen der Mission beizugeben, aber Nobb werde Besichtigungen erhalten, jenen Interessen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

— Nach Südafrika sendet England neue Truppen. Ganz unerwartet hat das in Albersdorf stehende erste Bataillon des Suffolkreiments den Befehl erhalten, sich für die Einschiffung nach Südafrika bereit zu halten. Dieser Befehl wird mit den „Wirren“ in Transvaal in Zusammenhang gebracht.

Dänemark. Von der Militärpartei wird nach Vollendung der Kopenhagener Landbefestigung jetzt wieder die Befestigung des großen Beltes angeregt. In der Südwendspitze Seelands, bei der kleinen Insel Agersö und dem diese von Seeland trennenden schmalen Sund sollen Minen errichtet und vier kleine Batterien angelegt werden, um eventuell der deutschen Flotte die Einfahrt in den Belt unmöglich zu machen; auf diese Weise soll die dänische „Neutralität“ gewahrt werden. So ist jetzt in einem sich offiziös gebenden Druckfest dargelegt worden. Von einer Befestigung des Großen Beltes an der Nordseite gegen eine aus Kattegatt und Nordsee kommende Flotte ist dabei, auffällig genug, nicht die Rede.

Schweden-Norwegen. Nansen hatte König Oskar um die Erlaubnis gebeten, eine von ihm neu entdeckte Halbinsel Sibiriens auf den Namen König Oskars taufen zu dürfen. Der König gab seine Einwilligung, falls die russischen Behörden zustimmen würden. Diese Zustimmung ist nun erfolgt.

Spanien. Der offiziellen spanischen „Epoca“, zufolge waren die Verluste in Cuba auf Seiten der Spanier bis Ende 1896: Tote 13 862, darunter 550 Offiziere; Verwundete 8072, darunter 441 Offiziere; auf Seiten der Aufständischen: Tote 13 303, Verwundete 3563.

— Von den Philippinen wird berichtet, daß in Manila wieder größere Unruhen stattfanden. Hausen von Tagalen und anderen Eingeborenen griffen die Gendarmenkasernen und die Kaserne der Zollwächter an, auch machten sie einen Offizier und vier Spanier auf der Straße nieder. Die Truppen stellten die Ruhe wieder her, wobei zweihundert Aufständische getötet und zahlreiche Personen verhaftet wurden.

Rußland. Ueber den Gesundheitszustand des Großfürsten-Thronfolgers, der sich zur Zeit auf einer Seereise befindet, wird gemeldet, daß das Befinden jetzt ein besseres ist, als es zur gleichen Zeit im vergangenen Jahr war. Der Winter ist leidlich überstanden. Für solche Kranke ist die Uebergangszeit zum Sommer oft verhängnisvoll; der Aufenthalt auf der See hat dem Großfürsten bisher immer sehr wohl getan. Die Ärzte hatten für das Frühjahr ein südfranzösisches Bad vorgeschlagen; der Großfürst selbst wünscht aber, in Rußland zu bleiben.

Valkanstaaten. Es wird versichert, daß der Sultan bereits den Vorschlägen der Mächte betreffs der Selbstverwaltung Kretas zugestimmt habe.

— Einem Gerichte zufolge soll König Georg für den Fall, daß er genötigt sein würde, den Forderungen der Mächte nachzugeben, beabsichtigen, zu gunsten des Kronprinzen abzugeben.

— Der König von Griechenland soll beschlossen haben, die „Note der Mächte anzunehmen“. — Im Falle einer Ablehnung des Ultimatums will England den Mächten vorschlagen, Oberst Balfors durch die Drohung, die griechischen Schiffe vor Kreta in den Grund zu bohren, zur Räumung der Insel zu zwingen. Die Form der Meldung, König Georg werde die Note der Mächte „annehmen“, sagt noch nicht, daß er den darin gestellten Forderungen entsprechen will. Daß sie erfüllt werden müssen, steht außer Frage, wenn die Mächte eintig bleiben. Mit der Möglichkeit, daß König Georg sich zur Abbanlung veranlaßt sieht, ist nicht nur bei den Kabinetten, sondern auch seitens der Höfe gerechnet worden. Der Thronfolger ist jedenfalls seinem Volke gegenüber nicht durch vorschnelle Versprechungen gebunden.

— Die Vertreter der Mächte haben die Beschwerde Griechenlands in betreff der Reichsfliegung scharf dahin erwidert, daß die Verantwortlichkeit hierfür wie für alle künftigen peinlichen Möglichkeiten ausschließlich

das in seiner bisherigen Haltung verharrende Griechenland treffe.

— Dem kostspieligen Kriegsspiel der Pforte dürfte nun auch bald ein Ziel gesetzt werden. Die Abreise des neuen General-Gouverneurs von Kreta, Photiades Bei, nach seinem „Wilajet“ wird infolge des Protektors der Votschaffter unterbleiben.

— Gegenüber von Gerüchten aus Sofia, wonach Bulgarien sich rüste, um bei einem Brande in Mazedonien Beute zu machen, hat Fürst Ferdinand Gelegenheit genommen, seine Friedensliebe zu betonen. Auf die Glückwünsche, die das diplomatische Korps ihm zu seinem Geburtstag darbrachte, antwortete der Fürst, er fasse seine Mission als eine hervorragend friedliche auf. Sein Streben sei ein zivilisatorisches, humanitäres. Die Vertreter der Mächte würden in ihm stets einen Mitarbeiter bei dem gemeinsamen Friedenswerke finden.

Amerika. Der auf Cuba in Hait befindliche amerikanische Staatsbürger Sanguily ist begnadigt worden. (Bekanntlich war im Repräsentantenhause der Ver. Staaten bereits eine Resolution eingebracht worden, durch welche der Präsident zu kriegerischen Maßnahmen ermächtigt werden sollte, falls Sanguily von den Spaniern nicht herausgegeben würde.)

Afrika. Eine große Verfassungskrisis ist in Transvaal ausgebrochen, weil der Hohe Gerichtshof auf dem Rechte besteht, die Beschlüsse des Volksrates zu bestätigen, um feststellen zu können, ob sie sich etwa im Gegensatz zur Verfassung befinden. Der Volksrat berät jetzt über einen Gesetzentwurf, nach welchem die Richter einen neuen Eid dahin ablegen sollen, daß sie die Beschlüsse des Volksrates als Gesetz annehmen.

— In Marokko und zwar im Westen wie im Osten des Landes herrscht erschütternd Aufregung. Ausschreitungen und Unordnungen werden von verschiedenen Seiten gemeldet. So wurde der Raub des Stammes der Ued Freidi mit seiner ganzen Familie in seinem Palast ermordet. Es soll ein Racheakt seitens der Bevölkerung vorliegen. Gleichzeitig sind unter den Kabylen in der Umgebung von Melilla Unruhen ausgebrochen. Letztere Bewegung würde bedenklicher aufzufassen sein, als die Vorgänge an der Westküste, welche möglicherweise lokalen Anlaß haben können, während die Kabylen bei Melilla sich entweder gegen den Sultan empört, oder gegen Spanien gewendet haben müssen.

Zur Lage auf Kreta.

Die kretanische Angelegenheit ist noch immer einem verriegelten Buche vergleichbar, trotzdem die Mächte nun schon seit Wochen mit Hochdruck an ihrer Lösung arbeiten. Im Gegenteil, die Dinge haben sich wieder stärker verwirrt und aus dem Wust zum Teil diametral entgegengesetzter Nachrichten ist kein klares Bild über die wirkliche Lage der Dinge zu gewinnen. Besonders Vertrauen in die Lage hatte ein anscheinend amtliches Kommuniqué aus Petersburg erteilt, in dem der russischen Regierung eine sehr entschiedene Sprache gegenüber Griechenland in den Mund gelegt worden war. Mehr und mehr haben sich aber Zweifel an der Authentizität dieses Schriftstücks herausgestellt und die Haltung Russlands ist wieder unklarer geworden. Der Zweck der viel besprochenen Kundgebung aus Rußland, die immerhin vom dortigen Auswärtigen Amte inspiriert worden war, soll nach Mitteilungen aus Wien der gewesen sein, die noch zurückhaltenden Mächte, England und Italien, zum Entschlusse zu drängen und zu veranlassen, daß noch im letzten Augenblicke die eine oder die andere ihren Entschluß ändere. Thatsächlich hat England erst nach der Kundgebung aus Petersburg seinen Anschluß an die Maßnahmen der Mächte erklärt. Man hofft nun, daß bei der Ausführung des russischen Projekts keine Macht zurückbleiben wird, da Rußland seinen selbständigen Schritt unternehmen, sondern nur gemeinsam mit den Mächten vorgehen wird. Die Vertreter der Mächte haben in Athen die Hoffnung ausgesprochen, daß man angesichts der Einmütigkeit der Mächte betreffs der Autonomie Kretas sowie über die Unmöglichkeit seiner Vereinigung mit Griechenland, die griechischen Truppen und Schiffe von der Insel zurückziehen wird. Gleichzeitig haben sie den unüberwindlichen Entschluß zu Zwangsmaßnahmen angekündigt für den Fall, daß die Zurückziehung nicht innerhalb vier Tagen geschieht.

Trotz dieser Hoffnung der Kabinette sind sämtliche Konjunktur auf Kreta, die doch die Verhältnisse aus eigener Anschauung kennen, der Ueberzeugung, daß zur Herstellung der Ordnung mindestens die Verhängung des Belagerungszustandes über die Insel notwendig sei. Diese Notwendigkeit stände nun schon im Widerspruch mit einer erwarteten friedlichen Lösung. Aus Athen selber ist auch nichts Zuverlässiges zu erfahren, während der König Georg zur Nachgiebigkeit bereit zu sein scheint, drängt das Ministerium, hinter dem in diesem Falle das ganze griechische Volk steht

zu energischem Widerstande. Daneben erhält sich auch fortgesetzt das Gerücht von der Abicht des Königs, zu gunsten des Kronprinzen Konstantin auf den Thron zu verzichten, falls Griechenland zum Verzicht auf Kreta gezwungen würde. Endlich spricht noch die Thatsache, daß man griechischer- weise türkischerseits mit eifriger Hast Kriegsvorbereitungen trifft und sich auf Kreta massiert, wo man nur auf einander rußt, wenig dafür, daß sich die bestehenden Vermittelungen allein durch die Künste der Diplomatie werden lösen lassen. Eine entscheidende Wendung müssen die aller- nächsten Tage bringen; bis dahin heißt es: abwarten.

Vokales und Provinzielles.

Grottkau, den 2. März 1897.

— Bei dem hiesigen Standesamt sind in der Zeit vom 1. Februar bis 1. März angemeldet worden:

Geboren: dem Arbeiter Johann Birkner 1 Z., — dem Königl. Post-Assistent Hermann Hanke 1 Z., — dem Wurstfabrikant Carl Rein 1 Z., — dem Schuhmachermeister Karl Gödicke 1 S., — dem Bäckermeister Julius Höhn 1 Z., — dem Fleischermeister Julius Handlos 1 Z., — dem Lehrer Franz Kartke 1 S., — dem Eisenbahn-Assistent Josef Hermlein 1 S., — dem Hotelier Heinrich Haase 1 Z., — dem Wandwirt Josef Pollak 1 S., — dem Seilermeister Karl Komrofsky 1 Z., — dem Zimmermann Karl Künert 1 Z., — dem Stellenbesitzer August Schubert-Deppusch 1 Z., — dem Steinsegermeister Josef Neugebauer 1 S., — dem Eisenbahn-Arbeiter Paul Lorenz 1 Z., — dem Uhrmachermeister Max Reiper 1 S.

Verbunden: der Eisenbahn-Gepäckträger August Nidisch mit Ida Kaliner, — der Schuhmachermeister Paul Zwan mit Maria Birkner.

Gestorben: Barbier Josef Solta, — Osenbauer Paul Hanke, — Schuhmachermeister Julius Schernig, — Theresia Neugebauer, — Paul Langer, — Schmiedemeister Johann Hönicker-Galendorfer, — Pfarrer Josef Dürschle-Deppusch, — Auszüglerin Theresia Langer-Galendorfer, — des Kürschnermeisters Franz Franke Ehefrau, — Riegelmeister Julius Schlicht-Galendorfer, — des Agenten Wilhelm Grunewald Ehefrau.

Lebenschick. 1. März. (Eine Hochzeit mit traurigem Ausgang) ist nach dem „D. A.“ am vorigen Dienstag in Waislau, hiesigen Kreises, gefeiert worden. Die 18jährige Tochter eines Gärtners heiratete gegen ihren Willen einen 53jährigen Witwer. Bei dem Hochzeitsschmause erfolgte von seiten des Bräutigams ein unangenehmer Ausbruch, durch welchen die junge Braut so in Schrecken versetzt wurde, daß sie augenblicklich die Sprache verlor, umfiel und in eine Art Starckrampf verfiel, in welchem Zustande sie sich noch nach zwei Tagen befunden hat.

Töthau. 28. Februar. (Angeschossen.) Der 15jährige Stiefsohn des Häuslers Saworel aus Kwalow, Namens Kropka, sammelte im Walde dorfselbst Fichtenkamen und wurde hierbei unabsichtlich angeschossen. Beim Vorbeigehen sah ein Jäger, daß sich in dem Gipsel einer Fichte etwas bewege; in der Meinung, ein Gichörchen angetroffen zu haben, schloß er darnach. Das vermeintliche Gichörchen war der Knabe. Derselbe wurde in das Krankenhaus war hier geschafft, woselbst er vom hiesigen Arzte behandelt wird.

Königsbühle. 25. Februar. (Eine interessante Episode) spielte sich nach der hiesigen Zeitung vorige Woche in dem Speichzimmer des Herrn Professors Dr. Wagner ab. Vor Beginn der Sprechstunde erschien ein Herr aus S., Kreis Rastowitz, in dem Wartezimmer des Professors und fragte die dort anwesenden Patienten, ob Herr Dr. Wagner zu sprechen wäre, da er sich von ihm einen schmerzenden Zahn entfernen lassen wollte. Es wurde ihm bedeutet, daß Herr Dr. Wagner noch nicht im Speichzimmer anwesend wäre, und daß er ihm schwerlich den Zahn ziehen würde, er möchte doch zu einem Zahnarzt gehen. Der Herr ließ sich aber von seinem Vorhaben nicht abbringen, auch dann nicht, als der Professor erschien und ihm ebenfalls bedeutete, er möge einen Zahnarzt aufsuchen. Mochte es kosten was es wolle, er bitte den Herrn Professor, ihm den Zahn zu ziehen, dabei blieb der Herr. Herr Professor Dr. Wagner willfährte schließlich dem Wunsche des beabzweckten Patienten und entfernte den Zahn. Nunmehr soll aber doch der Herr aus S. ein sehr verblüfftes Gesicht gemacht haben, als Herr Professor Dr. Wagner 10 Mark für die Operation verlangte und die 10 Mark sofort einer armen Frau, die im Wartezimmer anwesend war, schenkte, die darob Thüränen der Freude vergoß. Dem von seinem kranken Zahne befreiten Patienten dürfte die heitere Zahnoperation lange im Andenken bleiben.

Tabaksschwerdt. 1. März. (Bergwerksverleibung.) Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Albrecht von Preußen ist unter dem Namen „Friedrich“ das Bergwerkseigentum in einer Fläche von 1841322 Quadratmetern in den Gemeinden Klaffenbrunn, Johannesberg und Heudorf, Kreis Tabaksschwerdt, zur Gewinnung der vorerwähnten Kupfererze verliehen worden.

Breslau. 28. Februar. (Großes Vermächtnis.) Am heutigen Tage ist hieselbst Herr Kaufmann Marcus Buchs gestorben. Der Verbliebene hat als Universalerbin seines nach Millionen zählenden Vermögens eine laut letztwilliger Verfügung zu errichtende Marcus und Alois Buchs'sche Familienstiftung eingesetzt. Im Begalen sind ausgesetzt: 1. Der israelitischen Kranken-Versorgungs- und Erziehungs-Gesellschaft 250,000 Mark; 2. dem Verbande zur Erziehung hilfsbedürftiger israelitischer Kinder 100,000 Mark; 3. der zweiten Brüder-Gesellschaft 50,000 Mark; 4. einer zu errichtenden Stiftung das Haus Sonnenstraße 25 im Werte von 100,000 Mark; 5. circa 50 Ver-

einen, deren Mitglied der Erblasser war, Beträge von 300 bis 500 Mark; 6. der Stadt Breslau ein Kapital, dessen Zinsen im Betrage von 500 Mark an seinem Todestage an christliche Arme zu verteilen sind.

Ertegan. 1. März. (Schneeglöckchenverkauf.) Ende Februar hat die Saison der Schneeglöckchen begonnen. Die Blumen werden von Zentralfstellen aus täglich nach Breslau, Berlin, Erfurt, Hamburg u. versandt. Wegen der durch die Witterung verursachten Verschiebung des Wildes haben einzelne Forstverwaltungen das Pfücken der Schneeglöckchen untersagt.

Kupferberg. 28. Februar. (Ein plötzlicher Erd-einsturz) verfezte vor einigen Tagen die Bewohner unseres Städtchens in nicht geringes Erstaunen. Am frühen Morgen — vor 5 Uhr war die Stelle noch unverändert — ist an der schmalen Straße, welche oberhalb der katholischen Kirche nördlich in's Robertthal hinabführt, ein scheinbar unergründlich tiefes Loch in der Erde bemerkt worden. Von einem Bergmanne wurde mit Hilfe einer Magnesiumfackel die Erforschung der Deffnung versucht. Es ist ein uralter Bergwerksschacht, der sogenannte Pfaffenstollen, welcher vor vier Jahrhunderten in Betrieb gewesen, bis er seine lohnende Ausbeute mehr lieferte. In etwa 20 Meter Tiefe zeigte sich seitlich eine große höhlenartige Erweiterung von der Größe eines umfangreichen Wohnzimmers. Da ein in den Schacht hinabgeworfener Stein mehrere Sekunden Zeit brauchte bevor sich das Geräusch seines Auffallens auf dem Grunde (im Wasser) hören ließ, so schätzte man die Tiefe auf bedeutend über 100 Meter. Die in alter Zeit erfolgte Verdeckung der Stelle hat den genaueren Punkt wohl in's Vergessen gebracht, denn es ist später ein kleines Haus darauf gebaut worden. Vor etwa 30 Jahren aber fanden die Bewohner dieses Hauses, als sie morgens aus ihrem oben belegenen Schlafzimmern herabkamen, keinen Ofen im Wohnzimmer vor, an der Stelle war der Boden und mit ihm der Ofen, versunken. Bei weiterer Umschau im Hause ließ sich keine Hausthür öffnen, das Mauerwerk war verschoben. Die Leute flüchteten sich in der Gefahr vor vollständigem Einsturz des Hauses durch ein Fenster in's Freie. Die Stelle blieb nun natürlich lange unbenutzt. Erst später wurde das Gärthchen daneben mit Feldrüben bepflanzt und der Nutznießer wollte das Grundstück dann auch ankaufen. Nun haften darauf Hypothekenschulden, deren Gläubiger inzwischen unbekannt geworden. (Das Schuldobjekt war doch als verloren betrachtet worden.) Dem Kaufgeschäft sollte jedoch die Zustimmung der Gläubiger vorangehen. Weil nun aber die Kosten des öffentlichen Aufgebots eine unverhältnismäßige Höhe erreichen würden, so bleibt die Absicht auf sich beruhen und die Stelle gewissermaßen herrenlos. Die damaligen Besitzer des Hauses hätten gern an den Bergwerks-Entschädigungs-Ansprüche gestellt. Ihr Versuch hierzu mißlang aber, denn der preussische Staat hatte bei Einverleibung Schlessens die Rechte der Bergwerksbesitzer nicht anerkannt, bezw. die damals österreichischerseits bestehenden staatlichen Verpflichtungen ausdrücklich nicht übernommen.

Regnitz. 1. März. (Ein interessanter Innungs-schick) schwebt gegenwärtig bei dem hiesigen Bezirks-ausschuß und beschäftigt denselben in seiner letzten Sitzung. Der Sachverhalt ist, wie der „L. A.“ mitteilt, in Kürze folgender: Ein Tuchfabrikant in Grünberg betrieb bis zum Jahre 1891 selbständig das Tuchmachergewerbe und gehörte der dortigen Tuchmachervereinigung als Mitglied an. Er geriet dann in Konkurs und trat als Werkmeister bei einer Firma ein, welche Stelle er bis um die Mitte des vorigen Jahres bekleidete. Um die angegebene Zeit fing er mit Hilfe eines Geldmannes wieder eigene Fabrikation an und meldete sich wieder zum Eintritt in die Innung, da seine Mitgliedschaft inzwischen durch Nichtbezahlung der Beiträge von selber erloschen war. Die Grünberger Innung verweigerte aber seine Aufnahme, indem sie ihn nur als vorgeschobene Person betrachtete, durch deren Vermittelung ein Unberufelter an den Wohlthaten der Innung teilnehmen wolle; da nämlich die Tuchmachervereinigung eigene Appreturanstalt besitzt, in welcher nur Waren von Mitgliedern fertig gemacht werden, so sind die Innungsmitglieder billiger zu fabrizieren in der Lage, als die außerhalb der Innung stehenden Konkurrenten. Auf die Beschwerde des Tuch-machers bei dem Magistrat zu Grünberg als Aufsichts-behörde hob dieser den Beschluß der Innung auf, indem er der Ansicht war, daß der Beschwerdeführer als selbständiger Gewerbetreibender anzusehen sei. Gegen diese Entscheidung erhob nun die Innung bei dem Bezirksausschuß Klage. Von seiten des Beklagten wurde nur das Bestehen eines Darlehensverhältnisses zwischen ihm und seinem angeblichen Hintermann angegeben, im übrigen aber jedes Abhängigkeitsverhältnis zu denselben in Abrede gestellt. Der Bezirksausschuß beschloß darauf, durch Entsendung eines Kommissars an Ort und Stelle über die Behauptungen des Klägers Beweis zu erheben, und zwar durch die eideschwörende Vernehmung des angeblichen Hintermannes über sein Verhältnis zu dem Angeklagten.

10)

Im Herz und Hand.

Roman von Jenny Piorkowskaja.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Er schob die Zweige des Winters — des Wusches, den seine Frau mit eigenen Händen gepflegt hatte, beiseite, und da fiel sein Blick auf die grabbewachtenen Nägel im Schatten der Kirche — die ihm über alles teuer waren — heiliger als jedes Stück Erde.

Ah! Bald würden fremder Leute Kinder hier

spielen, die Augen derer, die keine teuren Erinnerungen an sie knüpften, würden bald täglich auf diese Gräber niederblicken; die Frühe, die seit vierzig Jahren getreulich diesen Weg zwischen den Gräbern dahingeführt waren, sollten bald neuen, unbekannten Boden betreten.

Aber Geduld, das Land der Schatten wird bald dahin sein; Die bleibende Stätte, das bessere Land ist nicht fern; eine irdische Heimat ist ein Gasthaus; eine himmlische ist — das liebe gesegnete Ruhe und ihr Heiligtum.

Stefes Kapitel.

Der neue Direktor.

Die Nachricht, daß der Schuldirektor Werner sein Amt niederlegen wolle, hatte große Ueberraschung bei denen hervorgerufen, die nicht an dem Komplotz gegen ihn beteiligt waren. Man weigerte sich, seinen Rücktritt anzunehmen, aber Werner gab ihren Bitten nur insofern nach, als er einwilligte, einstweilen in dem Schulhaus bleiben und nur vorläufig von den Pflichten seines Amtes absehen zu wollen, während sein Nachfolger das Amt nur probeweise auf ein bis zwei Jahre übernehmen sollte.

Hierin willigte Werner mit seinem milden, gutmütigen Lächeln; er wußte ja, daß seine Zeit vorüber und seine Arbeit hier beendet war; und in der That, der Eifer, mit dem sich die Gemeinde nach einem passenden Nachfolger umschau, sah nicht aus, wie nur „einstweilen“.

Zwei Wochen waren damit hingegangen, sich über den Nachfolger zu streiten, denn es hatten sich in der Gemeinde zwei Parteien gebildet. Beide Parteien wurden jedoch durch das plötzliche und unerwartete Entziehen von Frau Hermanns Einfluß, den sie einem noch unbekannten Kandidaten zuwandte, aufgegeben. Es war ein junger Mann, ohne Ruhm und Namen, der eben von der Universität flüchtig werdend, seine Schwingen auf einem kurzen Flug versuchte.

Bevor noch jemand recht wußte, was in Frage stand, war er berufen, hatte angenommen und wurde schon erwartet. Von einer Uebertragung des Amtes an den bisherigen Stellvertreter des Direktors Werner war also keine Rede mehr.

Der neue Direktor, Herr Brod, that seine Pflicht in hohem Maße. Die Kirchen- und Schulvorsteher fanden bald, daß Herr Brod ein sehr guter Lehrer sei, er brachte die Knaben rasch vorwärts und diese waren entzückt von ihren Studien, nur Alexander ausgenommen, bei dem man stets auf Schwierigkeiten stieß und um den der junge Direktor große Sorge hatte. Es war eine fatale Sache, des alten Direktors Enkel jede Woche mit einem schlechten Zeugnis heimzuschicken und ihn in fünf Tagen viermal bestrafen zu müssen; aber doch mußte etwas geschehen, und Herr Werner hatte ihm zu verstehen gegeben, daß er mit Alexander keinen Unterschied von den andern machen solle.

Anfangs hatte er das streng befolgt, aber allmählich wandte er sich dem Gegenteil zu und machte eine Ausnahme in seinem Verfahren gegen Alexander. Alexander zählte mit unter die schlechtesten Kinder am Ort, aber das war kein Grund, seine zuweilen offenbar guten Seiten durch große Strenge zu verbunkeln. Alle die Vergehen, deren er sich schuldig machte, waren seine Verbrechen, und es trug nicht zu seiner Besserung bei, jene wie solche zu behandeln.

Der junge Direktor war über Alexanders lose Streiche ebenso besorgt wie Luise, aber um des Großvaters willen fühlte er sich nicht berechtigt, ihn sehr streng zu behandeln, und so kam es, daß er des Knaben Fehler wohl rügte, aber doch nicht so bestrafte, wie sie es verdienten.

Bald fand sich auch ein Teilnehmer an Alexanders Streichen. Heinrich Gilmmer war aus der Kreiskirche, wo er nichts lernte, weggenommen und in des neuen Direktors höhere Knabenschule gebracht worden, um zu einem kleinen Manne erjogen zu werden. Der Müller schüttelte mit dem Kopfe, wie sein Sohn in die Knabenschule kommen sollte.

„Helene, das ist der erste falsche Schritt,“ sagte er zu seiner Frau, als Heinrich diese höhere Schule besuchen sollte. Aber des Müllers Vorstellungen nützten nichts, seine Frau setzte es durch, daß Heinrich auf die Schule kam.

Er wurde nun der besondere Freund von Alexander und ein Störenfried wie dieser.

Redaktion Ernst Neugebauer, Grottkau.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme während der langen und schweren Krankheit meiner innig geliebten Frau, sowie für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte nebst Kranzspenden, sage ich Allen meinen herzlichsten Dank.
Der tieftrauernde Gatte **F. Franke**
nebst Kindern,
im Namen aller Verwandten.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Theilnahme bei dem Tode und die zahlreiche Betheiligung beim Begräbnis unserer geliebten Gattin und Mutter, der Frau
Theresia Grunwald,
geb. Basler,
sagen wir hiermit Allen unseren herzlichsten Dank.
Grottkau, den 28. Februar 1897.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die vor dem Münsterberger Thor hier selbst belegenen städtischen Scheuern II und III, welche bisher von dem königlichen Proviantamt gemiethet waren, sind vom 1. April (Scheuer III) und bezw. 1. Oktober cr. (Scheuer II) anderweitig zu vergeben. Offerten mit Angabe des Miethzinses sind unter „Scheuermiethung“ bis zum 15. März in verschlossenem Couvert an uns zu senden. Die Uebernahme der Scheuer III kann sofort erfolgen.
Grottkau, den 27. Februar 1897.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Besitzer von Gärten, Allen, Obstbäumen, Sträuchern und Hecken werden auf Grund des § 15 der Polizei-Verordnung vom 3. April 1882 in der Fassung der Deklaration vom 7. Mai 1887 — Amtsblatt pro 1887, Seite 121 vom 15. Juli 1890, Extrabeilage zu Stück 30 des Amtsblattes pro 1890 und vom 25. Februar 1891 — Stück 9 des Amtsblattes pro 1891 — und unter Hinweis auf § 368 al. 2 des Reichs Strafgesetzbuches aufgefordert, bei Vermeidung der gesetzlichen Strafe das Abraupen der Obstbäume z. bis spätestens **den 15. März cr.** vorzunehmen und in der Zeit vom 15. April bis Ende Mai cr. ein zweites Abraupen gehörig durchzuführen.
Grottkau, den 22. Februar 1897.

Polizei-Verwaltung.
Prämer.

Die Ackerbesitzer und Pächter werden aufgefordert, überall da, wo sich nach dem Eintritt milderer Witterung auf den Grundstücken Feldmäuse zeigen, für deren Vertilgung geeignete Maßnahmen zu treffen, widrigenfalls Verhaftung der Säumigen eintreten dürfte.
Grottkau.

Polizei-Verwaltung.

In meinem Hause ist
der erste Stock
z. vermietl. u. bald od. später z. beziehen.
P. Baumann, Wärlenbesitzer.

Eine zweifenstrige Stube
per bald zu vermietlhen.
Robert Thiel.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Hohens Giersdorf Kreis Grottkau Band 1 — Blatt 24 — auf den Namen des **Josef Kuhnert** und dessen Ehefrau **Pauline** geb. **Klimke** eingetragene, zu **Hohens Giersdorf** belegene Grundstück

am 28. April 1897, Vormittags 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Terminzimmer Nr. 2 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 58,84 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 10 ha 48 a 80 qm zur Grundsteuer, mit 105 Mk. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des — Grundbuchblatts — etwaige Abschnitte und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei eingesehen werden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 28. April 1897, Mittags 12 Uhr

an Gerichtsstelle verkündet werden.

Grottkau, den 18. Februar 1897.

Königliches Amtsgericht.

Vorläufige Anzeige.

Europas stärkste Athleten-Truppe Geschwister Brumbach mit Künstlertruppe und eigener Musikkapelle trifft hier ein und giebt **Samstag den 7. März cr., Hotel 3 Kronen** die erste Vorstellung.

Alles Nähere Zettel und Annoncen.

Rehtes Engagement: Breslau, Pantke's Etablissement.

Gebrannte Kaffees
in schmackhaften Mischungen,
per Pfd. 1,20, 1,40, 1,60, 1,80, 2,00 Mark
offerirt
Wilhelm Hantke.
Bei Mehrentnahme bewillige Preis-Ermäßigung.
Billiger und schöner als aus Versand-Geschäften.

Wieder eine neue Auflage, und zwar innerhalb 17 Jahren die 23., erschien
soeben von
Carl Urbach's
Preis-Klavierschule,
die von 40 vorliegenden Klavierschulen mit dem Preise gekrönt wurde und nach der in den Musikinstituten Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz sehr viel unterrichtet wird. Der Auf der Vorzüglichkeit der Urbach'schen Preis-Klavierschule ist auf der ganzen Erde begründet.
Dieselbe kostet broschirt nur 3 M. — elegant gebunden mit Lederriemen und Seiten 4 M. — in Ganzleinenband mit Gold- und Schwarzdruck 5 M. — in Ganzleinenband mit Goldschnitt 6 M.
Die Preuss. Lehrerzeitung schreibt über diese Schule: „Wer an der Hand eines tüchtigen Klavierlehrers diese Schule durchgearbeitet hat, kann sich getrost hören lassen.“
Zu beziehen durch jede Buch- und Musikalienhandlung, sowie direct von
Max Hesse's Verlag in Leipzig.

Am 11. u. 12. März
Ziehung
der
Pommerschen
Rothen + Lotterie
== 3273 Gold- und Silber-Gewinne ==
die mit 90 pCt. garantirt sind.
Hauptgewinn: **50,000 Mark Werth.**
Loose a 1 M., 11 für 10 M.
Porto und Liste 20 Pf.
empfehl und versendet
auch gegen Briefmarken
Carl Heintze,
Berlin W.,
Unter den Linden 3.

Welcher edle Menschenfreund leiht einem armen Geschäftsmann per bald 300 Mark zu 5% auf ein Jahr gegen Schuldschein oder Wechsel zur Vergrößerung des Geschäfts. Zu erfragen in der Exped. d. Btg.

Loose zur Verloosung des evang. Frauen- und Jungfrauenvereins
Bichung am 14. März 1897, sind zu haben in

Ernst Neugebauer's
Buchhandlung.



Einem geehrten Publikum von Grottkau und Umgegend die ergebenste Anzeige, daß ich in diesen Tagen zum
Stimmen der Klaviere 2c. eintreffe. Für glucke-reine Stimmung wird garantirt. Geneigte Aufträge wolle man rechtzeitig in der Expedition dieses Blattes niederlegen.

F. Wawrowski,
Breslau, Gräbischnerstr. Nr. 8.

Gegen Husten, Verschleimung, Bissers, lösender u. schnell Wirkendes wie
echte Oscar Tietz'sche 9908

Zwiebel-Bonbons
(kein Geheim- sondern altbewährtes Hausmittel.) Man versuchs! Deutel à 20 und 25 Pfa. zu haben in Grottkau bei Herrn **C. Haase.**



Ring 47 ist ein Laden
sowie eine Wohnung
im Hinterhause zu vermietlhen.
Hönscher.

Eine Wohnung,
parterre, zwei Stuben und Küche,
Königsstraße, nahe am Ring, zu vermietlhen und zum 1. April zu beziehen.
R. Heisig.

Der Laden mit Wohnung
Ring Nr. 42 ist zu vermietlhen und zum 1. April d. Js. zu beziehen.
C. Geyer.

In meinem Hinterhause, Ring Nr. 117
ist eine Wohnung
zu vermietlhen und zum 1. April zu beziehen.
Kl. Heisig,
Wittfrau.